

Medienmitteilung vom 17. Dezember 2021

Parteiversammlung und Parolenfassung der FDP.Die Liberalen Zug

Die Zuger FDP sagt Nein zu den Tierversuchs- und Tabakwerbe- Verbotsinitiativen und Nein zum Mediengesetz sowie Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer

An ihrer Parteiversammlung vom 16. Dezember 2021 haben die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Kanton Zug die Parolen für die Abstimmungen vom 13. Februar 2022 gefasst. Die Zuger FDP sagt Nein zur Tierversuchsverbots-Initiative, zur Tabakwerbeverbots-Initiative und zum Mediengesetz. Ja sagen die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Zug zur Abschaffung der Stempelsteuer.

Aufgrund der aktuellen Pandemiesituation führte die FDP.Die Liberalen Kanton Zug ihre Parteiversammlung mit Parolenfassung online durch. Präsident Cédric Schmid gab zu Beginn in seiner Begrüssung die von der Geschäftsleitung verabschiedeten Wahlziele für die Wahlen 2022 bekannt: Aktuell besitzt die FDP im Kanton Zug gemäss den Wahlen 2018 einen Wähleranteil von 21.24%. Als drittstärkste Kraft, sehr knapp hinter SVP mit 21.97% und der Mitte mit 21.77% ist das Ziel der FDP für die Wahlen somit klar: Die FDP möchte die Nummer eins werden und dazu den Wähleranteil ambitioniert um 2.5% steigern. Ebenso möchte die FDP die beiden Regierungsratssitze mit guten Resultaten verteidigen. Beide Kandidaten sollen unter den vier Bestplatzierten wiedergewählt werden.

Nein zur Tierversuchsverbots-Initiative

Die Volksinitiative «Ja zum Tier- und Menschenversuchsverbot – Ja zu Forschungswegen mit Impulsen für Sicherheit und Fortschritt» fordert ein vollumfängliches Verbot von Tierversuchen und von Forschung am Menschen. Ausserdem verboten werden sollen Einfuhr und Handel sämtlicher Produkte, die unter Anwendung von Tier- oder Menschenversuchen entwickelt wurden. Bei einer Annahme ist mit weitreichenden negativen Auswirkungen auf die medizinische Versorgung der Schweiz, ihre forschende Industrie und ihre Hochschulen zu rechnen. Die Initiative wäre zudem mit verschiedenen internationalen Verpflichtungen nicht kompatibel und hätte zur Folge, dass ein rigoroser Kontrollapparat aufgezogen werden müsste. Die Mitglieder der Zuger FDP lehnen die Initiative daher klar ab.

Nein zur Tabakwerbeverbots-Initiative

Die eidgenössische Volksinitiative «Ja zum Schutz der Kinder und Jugendlichen vor Tabakwerbung (Kinder und Jugendliche ohne Tabakwerbung)» will jede Form von Werbung für Tabakprodukte verbieten, die Minderjährige erreichen könnte. Mit dieser Formulierung kommt dies in der Praxis einem kompletten Verbot von Tabakwerbung gleich. Die Initiative ist Teil der Debatte zum neuen Tabakproduktegesetz, das Tabakprodukte und elektronische Zigaretten in einem einzigen Gesetz regeln soll. Das Tabakproduktegesetz wurde schlussendlich vom Parlament als Gegenvorschlag zur Initiative verabschiedet. Das Gesetz regelt mehrere Punkte: Verkaufsverbot von Tabakwaren an unter 18-Jährige in der ganzen Schweiz, Werbung, Sponsoring und neue Produkte. Während sich die Initiative nur auf die Werbung konzentriert, ist das Gesetz umfassend und regelt mehrere Bereiche. Wird die Initiative

abgelehnt, tritt das Tabakproduktegesetz direkt in Kraft. Bei Annahme der Initiative ist das Tabakproduktegesetz hinfällig und der lange Gesetzgebungsprozess beginnt von vorne.

Die Zuger FDP ist klar gegen die Tabakwerbeinitiative, weil sie einem faktischen Werbeverbot gleichkommt. Ein so extremes Werbeverbot führt dazu, dass auch Werbung für neue und weniger gesundheitsschädliche Produkte verhindert wird. Es handelt sich hierbei um eine reine Bevormundung der Bevölkerung, die keinen Nutzen für den Jugendschutz hat. Ausserdem schadet ein solches Verbot Kulturveranstaltungen, Medien und den Konsumenten. Die Initiative respektiert zudem den Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit nicht. Werbung für ein legales Produkt verbieten ist für die FDP schlichtweg nicht vereinbar mit Wirtschaftsfreiheit.

Nein zum Mediengesetz

Das Massnahmenpaket zu Gunsten der Medien sieht verschiedene Massnahmen zugunsten der einheimischen Medien vor. Dazu gehören die Zustellermässigung für abonnierte Zeitungen sowie für Vereins- und Verbandszeitschriften. Zusätzlich wird die Unterstützung für private Lokalradios und das Regionalfernsehen erhöht. Neu kommen eine Unterstützung der Frühzustellung abonyierter Zeitungen sowie die Förderung von Online-Medien hinzu. Gegen das Massnahmenpaket wurde das Referendum ergriffen. Die Mitglieder der FDP.Die Liberalen Kanton Zug sind gegen das Medienpaket, denn ein Gesetz, das eine neue Subvention vorsieht, ist kein liberales Gesetz.

Ja zur Abschaffung der Stempelsteuer

Am 13. Februar 2022 wird auch über die Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital abgestimmt, eine Stempelsteuer, die auf Beteiligungsrechten erhoben wird. Bei der Gründung einer juristischen Person und bei jeder Erhöhung des Eigenkapitals solcher Gesellschaften wird eine Abgabe von 1% auf das neu geschaffene Kapital fällig. Es wird die Investition von Eigenkapital in ein Unternehmen besteuert. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigenkapital will die FDP Investitionen in Schweizer Unternehmen erleichtern und die Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Werkplatzes verbessern. Die Zuger FDP unterstützt die Änderung des Bundesgesetzes über die Stempelsteuer und sagt Ja, weil die Emissionsabgabe auf Eigenkapital Investitionen hemmt, die Abschaffung der Emissionsabgabe Unternehmertum belohnt und die Abschaffung der Emissionsabgabe die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und den Schweizer Werkplatz stärkt.

Kontakte für Medienanfragen:

Cédric Schmid, Präsident, 079 787 32 37

Marc Reinhardt, Kommunikationsverantwortlicher, 079 336 24 74